

**FKCI Tagung 2010: „Glaube, Religion und Politik“
(Katholische Akademie Berlin)**

Was erleben gläubige Menschen unter den aktuellen Bedingungen der religiösen Landschaft? Wie wirken sich Säkularisierungsprozesse, die wachsende Vielfalt religiöser Gemeinschaften, eine neue Sichtbarkeit religiöser Symbole und zunehmende Beachtung religiöser Themen in gesamtgesellschaftlichen Kernbereichen auf das Leben einzelner Glaubender aus; und welche Bedeutung haben religiöse Gemeinschaften für den Einzelnen und für seine jeweilige Umwelt? Um diese Fragen kreiste die nunmehr vierte Tagung des Forschungskolloquium Christentum-Islam (FKCI), die in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Berlin vom 16.-19.9.2010 unter dem Titel „Glaube, Religion und Politik“ stattfand.

Den Auftakt der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion der beiden britischen Religionsintellektuellen Dr. Dr. Ataulah Siddiqui (Markfield Institute of Higher Education, Leicestershire) und Prof. Dr. Graham Ward (University of Manchester). Die Veranstalter hatten dazu die rote Sprechblase der Hauptstadtkampagne variiert in den Slogan: „Be muslim, be christian, be berlin“. Warum sollten sich junge Menschen in Europa nicht als Glaubende politisch engagieren können, ohne ihre Loyalität zum Staat oder ihre Festigkeit im Glauben zu gefährden, fragte der Einladungstext. So rief Ward denn auch dazu auf, dass gläubige Menschen sich an den öffentlichen Debatten der Gesellschaft mit ihrem Wissensschatz und dem Erfahrungsreichtum ihrer Religionen beteiligen sollten. Ein prozessualer Säkularismus, so Ward, integriere diese Werte, während der vorherrschende ideologische Säkularismus dieses Potential ungenutzt lasse. Auch in einer religiös pluralen Gesellschaft führe die Präsenz verschiedener Religionen nicht ausschließlich zu Konflikten, sondern ermögliche, die die Gemeinschaften transzendierenden Werte wie Barmherzigkeit und Gerechtigkeit stärker zur Entfaltung zu bringen. Somit könne auch eine in der Öffentlichkeit gelebte Religiosität eine Form von politischem Engagement sein, das jede Gesellschaft von ihren Bürgern - citizens - erwarten müsse, denn Depolitisierung sei die größte gesellschaftliche Gefahr. Diese könne dazu führen, dass der öffentliche Raum ganz vom Konsum beherrscht werde und eine allgemeine Orientierungslosigkeit um sich greife. Siddiqui stärkte das Konzept der Staatsbürgerschaft (citizenship) gegenüber dem der Umma: Die Staatsbürgerschaft, als reale Identität der Gläubigen, stelle sie als Bürger in die

Herausforderungen der jeweiligen Gesellschaft hinein, während die Umma eine spirituelle Identität verleihe, welche die Gläubigen mit ihren Traditionen und mit ihrem transzendentalen Bezug über staatliche Grenzen hinweg verbinde. Beide Konzepte seien als einander ergänzend und einander bereichernd zu denken, wobei es viele Muslime bisher versäumt hätten, ihre Traditionen auf den Prüfstein zu stellen, denn so sehr man politische und religiöse Identität auch verschieden leben könne, müsse man sie doch an einzelnen Punkten zusammen denken. Als wesentliches Beispiel diene ihm die Tatsache, dass inzwischen 42 % aller Muslime weltweit in Minderheitensituationen leben, die islamische Rechtsvorstellung aber noch immer durchgängig von der Annahme ausgeht, der Islam sei die Religion der Mehrheit. Das beziehungslose Nebeneinander und seine Schwierigkeiten verdeutlichte er am Beispiel seiner Heimatregion in Nordindien, wo die Beziehungen vieler Religionen und Ethnien von alltäglichem Kontakt aber einem unausgesprochenen Verbot, über theologische Fragen zu sprechen, geprägt gewesen sei. Der Berliner Philosoph Frieder Otto Wolf erweiterte die Debatte: Säkularität, so Wolf, stelle nicht nur einen gemeinsamen Rahmen für unterschiedliche Weltanschauungen dar, sondern trage auch Werte und Überzeugungen in sich selbst.

Im Kolloquium am folgenden Tag wies Siddiqui erneut darauf hin, wie sehr die aktuellen theologischen Diskurse davon geprägt seien, noch immer aus einer Position der herrschenden Mehrheit gedacht zu sein. Siddiqui beklagte zudem, dass in der aktuellen islamischen Rechtsdiskussion „Urf“ (Sitten und Gebräuche des Landes) nicht genügend beachtet werde. Des Weiteren benannte er es als klare und vordringliche Herausforderung an den entstehenden Islam in Europa, dass sich muslimischer Glaube unter dem Eindruck westlicher Religiosität individualisieren werde.

Am Freitagnachmittag wurde – nach einem Austausch mit dem deutsch-britischen Doktorandenkolloquium „Religion in a secular City“ um Graham Ward – der Sprung in die deutsche Islamdebatte gewagt. Dazu stellte Raida Chbib Daten aus ihrer Projektgruppe „Religion Plural“ der Ruhr Uni Bochum vor: ca. 50% der religiös gebundenen Muslime in NRW besuchten eine Moschee der DITIB und ca. ¼ der Moscheen gehören keinem Verband an.

Im Integrationsverlauf sei oft eine verstärkte Hinwendung zu Religion zu beobachten. Diese Hinwendung sei einerseits altersgemischt, andererseits aber umso stärker, je länger die Migration her sei. Die Frage, was denn „religiös sein“ meine und wie man Religiosität denn

messen könne, wurde kontrovers diskutiert. Chbib bestätigte zudem, dass starker Glaube zumeist mit einer Entfernung von Ritualisierung und einer Hinwendung zu einer Individualisierung zu beobachten sei, womit sie Siddiquis Prognose empirisch unterfütterte. Eine weitere Beobachtung wurde von einer Teilnehmerin ergänzt: Da bei den muslimischen Verbänden zumeist keine Theologen, sondern Verbandsvertreter, die zunächst eine politische Funktion haben, an der Spitze stünden, sei eine Identifikation mit einem Verband ungleich schwieriger als mit einer Kirche. Daher sind auch viele gläubige Muslime nicht Mitglied in einem Verband.

Anschließend widmete sich Constantin Wagner (Frankfurt) in seinem Vortrag Mechanismen der deutschen und europäischen Selbstkonstitution. Diese habe oft gerade in Abgrenzung zum Islam stattgefunden. Wagner brachte dazu einige Beispiele wie das Kreuzzugsnarrativ, die koloniale Geschichtsschreibung und die Vernachlässigung des muslimischen Beitrags zur Wissenschaftsgeschichte. Europa ignoriere somit den Anteil von Muslimen an den Grundlagen der Europäischen Moderne und schreibe so deren Ausgrenzung weiter fort. Anhand der Darstellung des Islams in aktuellen Lehrbüchern für die Hauptschule zeigte er auf, wie diskriminierend und auch falsch über Islam und Muslime „gelehrt“ wird und welche unsachgemäßen Vorstellungen dahinter stehen. Der Konflikt „Mehrheitsgesellschaft“ versus „Muslime“ könne nicht über das Aufeinandertreffen zweier in sich geschlossener Gruppen erklärt werden, sondern über die Bilder, die sich erstere über zweitere machten und welche mit der Realität oft nichts zu tun hätten. Vielmehr, so konstatierte Wagner, erfüllten diese Bilder Funktionen der Selbstbestätigung und Abgrenzung, und seien als solche offen zu legen und zu dekonstruieren. Weiterhin warnte er davor, an den christlich-muslimischen Dialog (z.B. integrationspolitische) Erwartungen heranzutragen, die dieser naturgemäß nicht erfüllen könne.

Am Tag darauf folgte eine theologische Rückbesinnung. Prof. Geldbach skizzierte in seinem Vortrag vier Modelle bezüglich des Verhältnisses von Staat und Religion, wovon drei historisch relevant geworden sind und ein viertes eher einen utopischen Entwurf darstellt.

Im ersten dieser vier Modelle ist Religion die Grundlage und das Fundament der Ordnung des Staates, der in seiner Symbolik unmittelbar auf die tragende Rolle einer bestimmten Religion verwiesen ist. In solchen Systemen, wie dem mittelalterlichen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen hatten kirchliche Würdenträger auch Ämter inne, die wir heute als genuin politisch bezeichnen würden, wie die Wahl des Kaisers durch die geistlichen

Kurfürsten. Andere Religionen können in diesem Modell allenfalls geduldet werden. Im zweiten Modell stehen sich Kirche und Staat feindlich gegenüber, wie es in Frankreich unmittelbar nach der Französischen Revolution der Fall war, als es zur Aufhebung von Klöstern kam und Kirchengebäude abgerissen wurden. In einem dritten Modell wird Religion vom Staat geduldet und durch Verträge sogar für einige Aufgaben im öffentlichen Raum herangezogen. Es liegt eine „hinkende“ Trennung vor. Laut Geldbach zeigen sich die Probleme dieser Ordnung im Vollzug des Kirchenaustrittes bei Gericht, was diesen Vorgang als etwas Unerwünschtes qualifiziert, obwohl er Ausdruck der Religionsfreiheit ist. Das vierte eher utopische Modell, in welchem Religion und Staat völlig getrennt sind, sah Geldbach zumindest einmal ansatzweise verwirklicht. Roger Williams, der von 1603 bis 1683 lebte, führte 1654 auf Rhode Island eine Verfassung ein, die ein *popular government* vorsah in welchem keine Religion ein Vorrecht hatte. Die Aufgabe des Staates war es lediglich, eine *wall of separation* zwischen sich und den Religionen zu errichten, damit eine unterschiedliche Gewissensbildung ohne Rücksicht auf staatliche Vorstellungen möglich ist. Elemente dieses Modells finden sich bis heute in den USA, da hier eine religiös geprägte Gesellschaft und zugleich eine Verfassung ohne Gottesbezug besteht. Bildhaft für dieses Modell ist ein Schiff, dessen Passagiere „gemischt-religiös“ sind. Es spielt keine Rolle, welchem Glauben der Kapitän angehört, um die Passagiere an ihr Ziel zu bringen.

Prof. Geldbach bezeichnete dieses Modell auch als eine Verbesserungsoption für Deutschland, da im Moment von Seiten des Staates zwar alle Religionen und Glaubensgemeinschaften gleich behandelt werden sollten, de facto aber historisch ältere Glaubensgemeinschaften Privilegien haben, die noch auf den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 zurückgehen, als es in Deutschland neben Christen und Juden noch keine Gläubigen anderer Religionen gab. Der Islam und andere neue Religionsgemeinschaften haben es dabei schwer, gegen die Dominanz des Staates und seinen allgemeinen „Organisationsbefehl“ anzukommen und eigene Formen der Vergemeinschaftung akzeptabel zu machen.

Prof. Mouhanad Khorchide (Münster) plädierte daher auch in seinem Vortrag dafür, „Umma“ als eine Kategorie, die integrativ wirksam sein und zugleich einen eher abstrakten Charakter behalten könne, zu verstehen. Er schlug vor, Umma nicht als – ohnehin nach dem Propheten in der Geschichte nicht wieder als Einheit existierende – politisch definierte Gemeinschaft zu sehen, sondern heute neu als das Kollektiv derer zu definieren, die zum

gesellschaftlichen Leben beitragen und in ihrem Handeln ihren Glauben offenbar werden lassen. Diese Sicht verschiebt den Kern der Definition aus dem politischen Bereich und siedelt sie damit auch theologisch neu an. Khorchide kritisierte zudem, dass Religion von vielen Muslimen zurzeit vor allem identitätsstiftend und selten sinnstiftend verstanden werde. Die darauf folgende Diskussion führte zu Professor Siddiquis Anfrage zurück, wie individuelle Glaubenskonstruktionen für Muslime in Zukunft möglich würden. Denn das Konzept der Umma impliziert eine Grundeinigkeit und muss zugleich hinreichend weit sein, um bestehende und entstehende voneinander verschiedene Glaubensentwürfe zu umgreifen und sowohl intern als auch nach außen hin ins Gespräch zu bringen. Einvernehmen gab es in der Beobachtung, dass Religion in säkularen Gesellschaften auch für gläubige Menschen zwar wichtiger Teil der Identität, aber oft doch nur partikulär identitätsstiftend ist.

Nach diesen religionsgeschichtlichen Vertiefungen und theologischen Konkretisierungen wurde der Blick am Samstagnachmittag wieder geweitet und Verflechtungen und Entkoppelungen von Religion, Politik und Kultur an internationalen Beispielen betrachtet. Hier zeigte sich, wie sehr Religion in anderen Gesellschaften durchaus in einem umfassenderen Sinne identitätsstiftend ist. In Saudi-Arabien so Mohammad Gharaibeh (Bonn) stehen die Modernisierungsbestrebungen des Herrscherhauses in Spannung zum religiösen Establishment. Dieser Diskurs wird über arabischsprachige Deutsche auch hierher transportiert. Über den christlich-muslimischen Dialog im einst als säkularem Staat geplanten Pakistan konnte Thomas Würtz (Bern) aufgrund von persönlichen Begegnungen in Lahore und Islamabad berichten. Offenkundig wurde, dass der Dialog des Alltags gut funktioniert, so lange schwierige Themen wie Konversion ausgespart werden. Auf der akademischen Ebene des Dialogs berichtete Würtz von den Aktivitäten der Iqbal-Akademie, mit der dialogische Aktivitäten in Zukunft auch von christlicher Seite noch intensiviert werden können.

Ramzi Ben Amara (Bayreuth) berichtete von seinen Forschungen zur Scharia in Nigeria, die dort auch in identitätsstiftender Abgrenzung zur Kolonialherrschaft mit deren Rechtsprechung im Norden eingeführt worden war. Die hohen Anforderungen an Zeugenschaften entschärften, so Ben Amara, in der Praxis die problematischen Hudud-Strafen bei Diebstahl und Raub sowie Ehebruch oder Verleumdung, die hier bis zur Todesstrafe oder zu Amputationen reichen können. Diese sind theoretische Höchststrafen,

die bei konsequenter Beachtung der Tatsache, dass hierfür zwei bis vier Augenzeugen erforderlich sind, kaum je zur praktischen Anwendung kommen.

Sophia Zviadadze (Münster/Tiflis) vermittelte in Ihrem Vortrag einen Eindruck davon, wie stark identitätsstiftend die autokephale orthodoxe Kirche in Georgien bis heute ist und dabei auch nach westlichem Verständnis rein politische Fragen entscheidend mitbestimmt. Die von Zviadadze konstatierte starke politische Bedeutungszunahme von Religion in Georgien brachte den Teilnehmern zu Bewusstsein, dass es auch christliche Länder gibt, die hier nicht von klaren Trennungen zwischen Religion und Politik ausgehen.

Gemessen daran erschien uns die deutsche Debatte doch wieder relativ einheitlich in Modellen anzusiedeln zu sein, die eine Staats- und Religionseinheit eindeutig hinter sich gelassen haben. Doch auch ohne eine zentrale identitätsstiftende Rolle der Religion für den Staat eröffnet die Gestaltung des öffentlichen Raums einer religionspluralen Gesellschaft durch verschiedene Religionen manche auch in Zukunft spannende Diskussion. Es wurde klar, dass sich für die Kirchen daher die Frage stellt, wie mit der Bevorzugung umgegangen werden soll und ob nicht sogar aus dem Verlust mancher gesellschaftlicher Sonderstellungen religiös gesehen neue Impulse hervorgehen könnten. Für Muslime in Deutschland ergibt sich vor allem die Frage, wie vermieden werden kann, dass die Verbände eine zu kirchliche Form erhalten und ihnen zugleich die Erfüllung repräsentativer Aufgaben zugestanden wird.

Die Tagung wurde von der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Franz-Xaver Stiftung der Schweizer Jesuitenmission (Zürich) gefördert.

Sandra Lenke, Katrin Visse und Thomas Würtz